

Der „Vorwärts“ erscheint täglich morgens und nachmittags. Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen „Vorwärts“ Vertriebsstellen Bestellungen entgegen. Unser Streitband bezogen für Deutschland, Kongo, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 20.—, für das übrige Ausland M. 26.—  
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 20b

Die jedwedelei Monopolliteratur oder deren Verkauf 6.— M., einschließlich Anzeigen. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigen. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.  
Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# VORWÄRTS

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Steuerwirrwarr der K. P. D.

Wie wenig ernst es den Kommunisten trotz all ihrer Verteuerungen mit dem einheitlichen Auftreten der Arbeiterklasse in den bevorstehenden Steuerkämpfen ist, das zeigt ihr jetziger Verleumdungszug wegen der Vorgänge im Steueraussschuß des Reichstags bei Beratung der Umsatzsteuer. War die Taktik der Kommunisten in der vergangenen Woche darauf eingestellt, jeden Tag nach Einigung zu schreiben, so besteht ihre jetzige Taktik in dem Aufstischen von immer neuen Lügen, die von Tag zu Tag wechseln. In der gestrigen Morgenausgabe behauptet die „Rote Fahne“ mit einem Male, daß die Unabhängigen „für die Umsatzsteuer eingetreten seien, die noch vor Weihnachten durchgepeitscht werden soll“ und fügt in nicht mißzuverstehender demagogischer Absicht hinzu: „Das sind 25 Milliarden indirekter Steuern, die die Arbeiter tragen müssen.“

Alle diese Behauptungen sind wider besseres Wissen aufgestellt. Und es bestätigt nur die alte Erfahrung, daß mit den kommunistischen Führern kein Zusammenarbeiten möglich ist. Sie entpuppen sich immer wieder als charakterlose Menschen, die auch vor den unwahrsten Verleumdungen gegenüber den anderen sozialistischen Parteien nicht zurückschrecken.

Es ist un wahr, daß die unabhängigen Mitglieder des Steueraussschusses für die Erhöhung der Umsatzsteuer eingetreten seien. Sie haben lediglich den von den Kommunisten selbst nicht ernst genommenen Antrag auf sofortige Aufhebung der bereits bestehenden Umsatzsteuer abgelehnt, weil dessen einzige Wirkung ein 10-Milliarden-Geschenk an die Unternehmer gewesen wäre. Es ist ferner un wahr, daß die Umsatzsteuer noch vor Weihnachten durchgepeitscht werden soll. Wenn solche Absichten bestanden haben, so haben gerade die unabhängigen Mitglieder des Steueraussschusses ihre Ausführung verhindert. Denn während die Kommunisten schwiegen, haben sie im Steueraussschuß auf das energischste erklärt, daß eine solche Absicht den erbittertsten Widerstand der Arbeiterklasse finden würde. Die Regierung gab daraufhin die Verlesung ab, es sei nicht beabsichtigt, die Umsatzsteuer vor Weihnachten zu verabschieden.

Da diese Verleumdung aber anscheinend noch nicht den von den kommunistischen Führern erhofften Erfolg gehabt hat, tischt die „Rote Fahne“ eine weitere Lüge auf. Sie erklärt, das Verhalten der Unabhängigen zeige, daß sie die Forderung nach Erfassung der Sachwerte preisgeben wollten. Da wir nicht glauben, daß sich auch nur ein ernsthafter Mensch finden wird, der dieses neueste Lügenprodukt für wahr hält, so kann man sich wohl damit begnügen diese Lüge niedriger zu hängen.

Wir halten es aber jetzt doch für erforderlich, einmal nachzuweisen, wie sehr gerade die Kommunisten durch den bei ihnen herrschenden Wirrwarr und wegen ihrer nur auf die niedrigste Demagogie eingestellten Vorkämpfer die Forderung nach Erfassung der Sachwerte geschädigt haben.

Zu der Jenaer Tagung der K. P. D. legte die alte Zentrale Richtlinien zur Steuerpolitik vor, die die Sachwertbesteuerung mit folgenden Worten forderten:

„Beteiligung des Reichs an allen kapitalistischen Unternehmungen der Industrie, des Handels, Verkehrs und der Landwirtschaft mit mehr als der Hälfte ihres Wertes (wirkliche Erfassung der Sachwerte).“

Diese Forderung wurde eingehend begründet als „der einzige Weg, um dem Staat einen direkten Zugriff zu den Profitten und Grundrenten der Unternehmer und Großgrundbesitzer zu ermöglichen“. Zum Schluß heißt es, daß „die direkten Steuern so hoch angesetzt werden müssen, daß sie zusammen mit den Erträgen der Beteiligung des Reiches an der Volkswirtschaft den Etat balancieren und unter Ausschreibung der indirekten und Verkehrssteuern alle Staatsausgaben decken“. Das ist nicht mehr und nicht weniger als die Forderung der U. S. P., die übrigens von zahlreichen einflussreichen Wirtschafts- und Finanzfachleuten geteilt und verteidigt wird, wonach die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt der Angelpunkt jeder ernsthaften Finanz- und Steuerpolitik sein müsse. Aber die alte Zentrale der Kommunistischen Partei hatte, als sie solche Steuerlinien aufstellte, die Rechnung ohne den kleinen Machiavelli der Moskauer Zentrale, Karl Kadel, gemacht, der in einem Brief an den Jenaer Parteitag auseinanderlegte, daß die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt der eberlinischen Republik die Aufgabe der S. P. D. und U. S. P. sei. Dies sei „vollkommen logisch“, während das Ziel der Kommunistischen Partei die Zertrümmerung der kapitalistischen Gesellschaft ist. Mit dieser hohlen Phrase hatte Kadel das Stichwort für die Steuerdebatte gegeben. Von Clara Zetkin bis Wajlow wandte man sich einmütig gegen die „opportunistischen, reformistischen und utopischen Anwendungen“ der Richtlinien. Sie flogen in die Wollschicht und statt ihrer gelangte eine sehr lange Resolution zur Annahme, die im wesentlichen eine Kritik und Verneinung der Richtlinien enthält. In der Resolution wird die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und die Er-

#### Bierländerentente im Stillen Ozean

Paris 9. Dezember (M. T. B.)

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in Washington meldet, der Entwurf eines Abkommens der vier Mächte (der Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Japan), durch das das Statut der pazifischen Inseln festgelegt werden sollte, sei in die vorderste Reihe der Konferenzarbeiten getreten. Biani habe die Annahme des Entwurfs durch Frankreich empfohlen. Die Antwort Briands werde in ganz kurzer Frist erwartet. Das Abkommen werde ausschließlich auf die Inseln Anwendung finden, die die vier Signatarmächte im Stillen Ozean besitzen. Dagegen werde es sich nicht auf die Küsten des Stillen Ozeans erstrecken, da ein derartiges Abkommen die japanischen Rechte auf Korea wieder in Frage stellen und die nähere Bestimmung der japanischen Stellung in der Mandchurei sowie die Regelung der Frage der Pachtgebiete in China herbeiführen müßte, alles Probleme, deren Lösung heikel sei. Ebenfalls werde sich das Abkommen auf Indochina beziehen, wo die französische Souveränität endgültig feststehe. Abgesehen von der Aufrechterhaltung des territorialen Statusquo im Stillen Ozean werde das Abkommen für den Konfliktfall eine Frist von sechs Monaten vorsehen, in der die vier Signatarmächte sich bemühen würden, den Streitfall friedlich beizulegen.

Washington, 8. Dezember (Havas).

Der Entwurf des Bierabkommens bezüglich der Inseln im Stillen Ozean stand heute auf der Tagesordnung der Konferenz. Wie versichert wird, hat die japanische Delegation im Laufe des Nachmittags die Antwort Tokio erhalten. Japan soll dem amerikanischen Entwurf gütig gegenüberstehen unter dem Vorbehalt, daß es noch eine Milderung des amerikanischen Anspruchs auf eine Flottenstation durchsehen kann.

#### Das Schicksal Irlands

London, 9. Dezember.

Die Spaltung innerhalb der Sinnfeiner bildet den Hauptgegenstand der Erörterungen. Der Führer der Sinnfeinerdelegation in London, der den Vertrag mit der britischen Regierung unterzeichnete, Griffith, der stets als die treibende Kraft der Sinnfeinerdelegation angesehen wurde, hat auf die Ablehnung des Vertrages durch De Valera mitgeteilt, er werde

die Fassung der Sachwerte ausdrücklich abgelehnt. Die Begründung ist so köstlich, daß sie verdient, wiedergegeben zu werden; es heißt so:

„Die von den Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführern als Ausweg aus der Wiedergutmachungsnotwendigkeit geforderte Befassung des Reiches durch die Erfassung der Sachwerte“ führt bei unveränderten politischen Machtverhältnissen auch nur zur Abwälzung dieser ansehnlich auf die Industrie- und Agrarkapital ausschließlich treffenden Lasten auf die breiten Massen der Lohnarbeiter und Angestellten, Beamten und kleinen Rentner in der Gestalt einer Verbilligung der Miete und in der Form von Hungerpreisen für die notwendigen Lebensmittel und Industrieprodukte... Für die Gewerkschaften und Sozialdemokraten ist die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern und der Erfassung der Sachwerte nur ein Mittel, dem wirklichen Machtkampf auszuweichen, den Burgfrieden zwischen Lohnarbeit und Kapital auch auf dem Gebiet der Steuern zu verwirklichen...“

Aber damit nicht genug. Selbst die Kommunisten wußten mit dem in Jena beschlossenen Steuerumbau nichts anzufangen. Die vielgeschmähte Besteuerung der Sachwerte wurde immer mehr zu einer Forderung des deutschen Proletariats, weil dies in der Tat die einzige Möglichkeit ist, mit den bisherigen kapitalistischen Steuermethoden zu brechen: statt der überwiegenden Arbeitslohnbesteuerung zu einer steuerlichen Erfassung des Mehrwertes an der Quelle zu kommen. Im proletarischen und sozialistischen Interesse ist die Notwendigkeit der Balancierung des Staatshaushalts gegeben, was trotz Kadel'scher Demagogie für die Arbeiterklasse von eminenter Wichtigkeit ist; um gegen die kapitalistische Steuerjagd und die diktatorische Monopolwirtschaft der Großindustrie ein wirksames Gegengewicht zu schaffen, ist die Sachwertbesteuerung ein absolutes Gebot der Stunde. Als dieser Gedanke sich die Mehrheit des organisierten deutschen Proletariats erobert hatte und die Kommunisten nun um eine jugkräftige Parole in idyllischer Verlogenheit waren, stellten sie sich nach berühmten Mustern mit assenartiger Geschwindigkeit auf den „Boden der Tatsachen“: Eines schönen Morgens verkündete die „Rote Fahne“, daß die Erfassung der Sachwerte — nach der Jenaer Steuerresolution ein Mittel der Steuerjagd — die Einheitsfront des Proletariats und den Entscheidungskampf gegen die kapitalistische Gesellschaft bringen müsse.

Das ist die völlige Freigabe der Jenaer Resolution. Und ausgerechnet Kadel liefert die Begründung für die Sachwertbesteuerung — derselbe Kadel, der dem Parteitag in Jena schrieb, daß die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt durch Be-

zu dem stehen, was er unterzeichnet habe. Er glaube, daß der Vertrag zwischen Irland und Großbritannien die Grundlage für Frieden und Freundschaft zwischen den beiden Nationen sei.

Der Premierminister von Ulster, Craig, ist heute in London eingetroffen. Die Beratung, die er mit Lloyd George über den irischen Vertrag hatte, war in der Hauptsache finanzielle Fragen gewidmet.

#### Die Reparationen in Waren

Zusammenkunft Briand—Lloyd George noch vor Weihnachten

London, 9. Dezember.

Amlich wird mitgeteilt: Schatzkanzler Sir Robert Sarnes und Minister Douceur legten Lloyd George heute von dem Inhalt ihrer gestrigen Besprechungen über das Wiesbadener Abkommen und allgemein über die Reparation in Waren in Kenntnis. Man kam zu dem Schluß, daß ein informeller Meinungsaustrausch zwischen Briand und Lloyd George wünschenswert sei. Wie Kenter vernimmt, wurde vereinbart, daß Briand noch vor Weihnachten zu einer Besprechung mit Lloyd George nach London kommen soll.

Loucheur ist heute abend nach Paris abgereist.

Ueber die rasche Rückkehr Loucheurs nach Paris, meldet „Eil Europe“, sie erzeuge in Pariser politischen Kreisen größtes Erstaunen. Man glaubt nicht sehr zu gehen, wenn man den Schluß zieht, daß die Verhandlungen zwischen England und Frankreich keinen günstigen Verlauf genommen haben. England steht auf dem Standpunkt, daß Deutschland das Moratorium gewährt werden müsse, und daß auf der bevorstehenden Sitzung des Obersten Rates, die auf Wunsch der englischen Regierung abgehalten werden soll, die Moratoriumfrage einen breiten Raum in den Erörterungen einnehmen wird. Die englische Regierung wird in ihrer Haltung hauptsächlich durch die Arbeiterpartei beeinflusst und wird mit allem Nachdruck darauf dringen, daß das Londoner Ultimatum abgeändert wird und daß endlich alles getan werde, um den Frieden in Mitteleuropa herbeizuführen. Die englische Arbeiterpartei ist der Ansicht, daß nur dadurch der großen Arbeitslosigkeit abgeholfen werden kann.

Frankreichs Standpunkt ist noch nicht geklärt. Jedenfalls beharrt es darauf, daß Deutschland die nächsten Zahlungen vom 15. Januar und 15. Februar leisten und daß es sichere Garantien gebe, um sein Budget ins Gleichgewicht zu bringen.

steuerung der Sachwerte eine typische Forderung der U. S. P. und S. P. D. sei. In seinen am 7. November in Moskau verfaßten und am 18. November von der „Roten Fahne“ veröffentlichten Richtlinien für die Aufgaben des Zentralausschusses der Partei schreibt Kadel:

„Der einzige Weg, wenn auch nur der provisorischen Neuordnung der Dinge, ist: die Ausschaltung der kapitalistischen Anarchie, des Schiebertums, des Parasitentums, indem der Staat die große indizierte Industrie, die Banken und den Großgrundbesitz unter seine Kontrolle nimmt und zum Mitigentümer an ihnen wird. Nur dadurch, daß die Industrie, der Großhandel, die Banken, der Großgrundbesitz aufhören, ein Spielball kapitalistischer Privatinteressen zu sein, nur dadurch, daß die Profite, statt dem unerbittlichen Egoismus der Industrie zu dienen, direkt herausgezogen werden zur Deckung der großen Defizite des Reichsbudgets, kann eine gewisse Ordnung in die Finanzen und eine vorübergehende Erleichterung der Lage der Arbeiterschaft erobert werden. Darum handelt es sich bei der Erfassung der Sachwerte, für die sich doch die Sozialdemokratie und die Unabhängigen theoretisch ausgesprochen haben.“

Getreu den Grundzügen des „demokratischen Zentralismus“ ist die Zentrale der K. P. D. sofort den Beschlüssen Kadel's nachgekommen. Auf ihren Sitzungen vom 16. und 17. November hat sie auch die Steuerfrage behandelt. Thälheimer, der wissenschaftliche August in dem kommunistischen Zirkus, brachte es fertig, die Punkte zu schlagen zwischen der Ablehnung der Sachwertbesteuerung in Jena und ihrer gegenwärtigen Verfechtung; er sagte:

„Die Arbeiterklasse muß die Steuerfrage an dem entscheidenden Punkte anlassen und das ist die Erfassung der Sachwerte... Wir müssen es aussprechen: Es besteht hier eine bestimmte Differenz mit dem Jenaer Beschluß in der Steuerfrage. Jena war ein Schritt vorwärts. Der Schritt, den wir dort getan haben, war noch nicht genügend. Sein wesentlicher Inhalt war ein negativer: die Ablehnung aller indirekten Steuern.“

Statt es offen auszusprechen, daß die bisherige kommunistische Steuerpolitik, namentlich aber ihre Resolution von Jena, überhaupt keine ernst zu nehmende Steuerpolitik war, ergreift sich Thälheimer in dunklen Redensarten. Das Unheilvolle und Zufällige hinter der Forderung der Sachwertbesteuerung zeigt die völlige Abhängigkeit der kommunistischen Steuerpolitik. Das heißt ist auch das Eintreten der Kommunisten für die Erfassung der Sachwerte vorerst ein sehr zweifelhafter Gewinn. Auf ihre Einigkeit und Beständigkeit ist wenig zu bauen, und es kann nach den bisherigen Erfahrungen sehr wohl über Nacht eintreten, daß Kadel eine neue Steuerparole feigen läßt, zu deren Ausführung seine Werkzeuge in der deutschen Parteizentrale gezwungen sind.



# Neue Waffenfunde

Im französischen Parlament haben nationalistische Redner in den letzten Tagen wieder lebhaft Beschwerde über die unzureichende Entwaffnung Deutschlands geführt. Es war das Echo der Ausführungen, die Briand in Washington gemacht hat, verstärkt durch das Bestreben, den auf eine Erleichterung der Reparationsverpflichtungen gerichteten Bestrebungen Schwierigkeiten zu bereiten, oder wenigstens den Boden für neue Garantieforderungen zu bereiten.

Von der gesamten öffentlichen Meinung Deutschlands sind die französischen Anschuldigungen zurückgewiesen worden, und man hat mit Recht die Unsinntigkeit der Besorgnisse vor einem deutschen Ueberfall hervorgehoben. Vielleicht dürfen wir in diesem Zusammenhang unsere westlichen Nachbarn auch auf dem Leipziger Prozeß gegen die Kappisten verweisen. Da treten als Angeklagte und Zeugen die Männer auf, die nach eigener Ueberzeugung und nach der Meinung ihrer patriotischen Volksgenossen in erster Linie berufen wären, den Revanchekrieg vorzubereiten und in dem kommenden Kampf das Banner voranzutragen. Aber entpuppen sie sich nicht durch die Bank als politische Kindschöpfe und unfähige Schwadroniere? Sie waren imstande, die deutsche Republik vorübergehend zu bedrohen, doch selbst in diesem Zwischenpiel, so verbrecherisch es eingeleitet und durchgeführt war, enthielten sie sich als Hanswurst, die für niemanden, am wenigsten für Frankreich ernsthaft gefährlich werden können, soviel sie auch imstande sind, innerpolitisch den größten Unfug anzurichten.

Indessen müssen alle diese Hinweise ihre Wirkung verfehlen, wenn sich die Franzosen immer wieder auf Waffenfunde und dergleichen berufen dürfen. Soeben kommt die Nachricht, daß in Düsseldorf ein geheimes Waffenlager ausgehoben worden ist. Die Alliierten haben dort zwei schwere Maschinengewehre, 147 Gewehre, sechs leichte Maschinengewehre und 3000 Schuß Infanteriemunition beschlagnahmt.

Vor wenigen Wochen erst der Geschützfund in den Rodstrodwerken zu Heidenau, und jetzt schon wieder der Düsseldorfster Standal. Es nützt nichts, daß die bürgerliche Presse diese Dinge totschweigt. Im Gegenteil, eine solche Taktik schadet. Den Hebern draußen wird Wasser auf die Mühle geleitet. Sie werden erklären, daß es in Deutschland noch mehr solcher Verstecke gebe — möglicherweise hat die Kontrollkommission sogar Beweise — und wer will nun noch mit gutem Gewissen die restlose Ablieferung der Waffen behaupten?

Wer will sich auch wundern, wenn in Paris diejenigen Glauben finden, die nicht nur von geheimen Waffenvorräten, sondern auch von geheimen Rüstungen reden? Das Spiel derer, die das Vorgehen gegen die Deutschen Werke und den Kampf gegen die Dieselmotoren fordern und billigen, wird unendlich erleichtert.

Die Frage drängt sich auf, wie es denn kommt, daß die Interalliierten Kommissionen und nicht die deutschen Behörden die Spuren entdecken, und zum mindesten der Ausländer muß auf die Vermutung kommen, daß hier Mangel an gutem Willen bei der deutschen Regierung vorliegt. Wir fordern von ihr mit allem Nachdruck mehr Energie. Der Reichsanser, dem es im allgemeinen ja nicht an Entschlossenheit fehlt, und der zweifellos auch das nötige Verständnis für die Gefahren besitzt, die hier erwachsen, sollte vor allem einmal im Reichswehrministerium nach dem Rechten sehen und sich um die Feststellung bemühen, ob dort nicht Offiziere sitzen, die ebenso gut unterrichtet sind wie die Vertreter der Entente, aber ihre Kenntnisse für sich behalten.

Nun wird offiziös versichert, die Waffen in Düsseldorf seien von der Roten Armee versteckt worden. Die Schnelligkeit, mit der diese Erklärung abgegeben wird, ist erstaunlich und befremdend. Die Waffen befanden sich unter dem Fußboden in einer Kaserne. Ist es glaubwürdig, daß die „Rote Armee“ sich gerade ein solches Versteck ausgesucht haben soll, und daß auch von ihm die Alliierten vor der deutschen Regierung Kenntnis erhielten?

Wie dem aber auch sei, die organisierte Arbeiterschaft ist vor eine wichtige Aufgabe gestellt. Sie soll es sich angelegen sein lassen, die weitestgehende Kontrolle zu üben. In den Betrieben sowohl wie außerhalb. Sie darf sich weder Irreführungen lassen durch die sogenannten nationalen Elemente, die „Denunziationen“ als unehrenhaft bezeichnen, noch durch die Phantasten, die ihr vorreden, daß ihr einmal die Waffen zugute kommen würden. Jedes Gewehr in Deutschland, das die Zahl derer übersteigt, die uns der Friedensvertrag gestattet, ist eine Waffe in der Hand unser innen- und außenpolitischer Gegner.

Die Resolution, in der der Betriebsrätekongreß der Metallindustrie dieser Tage aufgefordert hat, aufs schärfste darüber zu wachen, daß die Friedensbedingungen strikt befolgt, und daß keinerlei Gegenstände produziert werden, die für den Kriegsbedarf in Frage kommen, ist ausgezeichnet. Sie wird den besten Eindruck im Ausland machen, da die Arbeiterklasse so ziemlich die einzige Schicht ist, an deren aufrichtigem Friedenswillen man dort glaubt. Aber die Resolution darf nicht auf dem Papier stehen bleiben, und die Arbeiterschaft hat, wie gesagt, ihre Wachsamkeit über den Bereich der Produktionsvorgänge auszuweihen. Wo die Regierung verlagert, muß das Proletariat eingreifen, um Land und Volk vor Unheil zu bewahren.

## Die Umsatzsteuer auf 2% festgesetzt

Im Reichstagsausschuß für Besitzsteuern wurde gestern nach längerer Debatte die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Umsatzsteuer auf die Verabreichung von Speisen und Getränken abgelehnt. Von den bürgerlichen Parteien wurde gegen diese Bestimmungen in der Hauptsache der Einwand erhoben, daß sie das Gastwirts-gewerbe unerträglich schädigen. Der Luxus müsse auf anderem Wege bekämpft werden. Auch Abg. Dr. Breitscheid (N. S. P.) vertrat nicht, daß die Regierungsvorlage bedenklich sei, weil die Verhältnisse in jeder Stadt verschieden sind. Dem könne aber begegnet werden, wenn man die Einzelheiten der Steuerregelung den Gemeinden überlasse. Der sozialparteiliche Antrag auf höhere Besteuerung von Sekt und ähnlichen Luxusnahrungsmitteln könne neben der erhöhten Besteuerung beschlossen werden. Trotzdem wurde die Regierungsvorlage abgelehnt, ferner aber auch der von den Unabhängigen eingebrachte Antrag, die Regierung zu ersuchen, noch vor der Verabschiedung der jetzigen Steuervorlagen einen Gesetzentwurf über die Aufwandsbesteuerung vorzulegen.

Verschiedene Anträge wollten die völlige Aufhebung der Inzeststeuer. Nach eingehender Aussprache wurden diese Anträge abgelehnt, dagegen ein Zusatzantrag der sozialistischen Parteien, abgeänderter Antrag der Deutschnationalen, angenommen, durch die die Inzeststeuer wesentlich ermäßigt wird.

# Erzellenz waren völlig unbeteiligt

## Ludendorff-Taktik

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Leipzig, 9. Dezember.

Das Interesse der heutigen Verhandlung des Jagow-Prozesses konzentriert sich auf die Vernehmung Ludendorffs. Dieser Mittäter genießt bekanntlich den Vorzug, als Zeuge aufzutreten zu können, und Erzellenz sind sogar verurteilt worden. Dabei hatten keine Aussagen einige sehr dunkle Punkte, die in der Verhandlung nicht aufgeklärt wurden. Einem energischen Vorsitzenden oder Rechtsanwalt wäre Gelegenheit gegeben gewesen, hier einzugreifen und die Unklarheit und Unvollständigkeit der Befragung, wenn nicht aufzuklären, so doch zum mindesten festzustellen. Aber von einem Kreuzverhör, das Widersprüche aufdecken könnte, das Geständnisse extrahiert, das die Glaubwürdigkeit beleuchtet, ist hier keine Rede — die Erzellenz-Kommissionen sind schon da von. So gab es denn die schon zum Schema gewordene Darstellung, die fast alle Zeugen und die Angeklagten vorgebracht haben, wonach in den „nationalen Kreisen“ allerlei Befehlungen wegen der Schandparagrafen der Auslieferungsbestimmung des Friedensvertrages u. a. mehr bestanden haben und darüber mehrfach Erörterungen stattgefunden, aber Umsturzbestrebungen und Pläne deswegen nicht erörtert worden seien. Und daß an ein gewalttätiges Vorgehen nur im Falle eines Kommunistaufstandes gedacht worden sei.

Im schärfsten Gegensatz zu Ludendorffs Darstellung steht der von dem Direktor des Pommerischen Landbundes v. Dewitz an Ludendorff gerichtete Brief. Ludendorff will diesen Brief nicht erhalten haben. Er sei wohl im Bureau der Nationalen Vereinigung liegen geblieben. Wie Dewitz so an ihn schreiben konnte, erklärt er nicht. Auch darüber gibt er keine Erklärung, wieso Lincoln-Trebitsch so schreiben konnte. Der Versuch des Zeugen v. Dewitz, die verhängliche Stelle seines Briefes so zu deuten, daß mit dem Termin des Losschlages die Aktion gegen einen Kommunistaufstand gemeint sei, fällt selbst dem Oberreichsanwalt auf. Aber der Zeuge bleibt dabei. Er wußte eigentlich noch nicht, daß die Räume in der Viktorialstraße 20 zu Berlin, wo er an Besprechungen teilnahm, die Bureaus von Kapp waren. Dieser Zeuge ist allerdings nicht verurteilt worden, aber Ludendorff mußte bei Gott, dem Allmächtigen, schwören.

In der weiteren Vernehmung Ludendorffs wird ein Brief des Herrn v. Dewitz an den Zeugen vom 3. März erwähnt. Ludendorff hat den Brief nicht erhalten. Der Brief ist dem Zeugen später vom Oberreichsanwalt vorgelesen worden, als er zur Vernehmung in Leipzig war. Der Brief wird verlesen. v. Dewitz ist Direktor des Pommerischen Landbundes. Er schreibt an Ludendorff, er habe von Vorbereitungen der kommunistischen Partei gehört. Schnitzler und Grabowski seien nicht zuverlässig, Schnitzlers Bruder sei Spion, und Grabowski als Jude sei verdächtig. Der Briefschreiber hält es für wichtig, daß Ludendorff die Wichtigkeit des ausstehenden Eingreifens erklärt. Der Kreis gewöhnlicher Verleumdungen müsse mit besonderer Vorsicht gesichtet werden. Es bestehe bei den Kommunisten die Absicht, in Berlin loszuschlagen und die prominenten Persönlichkeiten zu beseitigen. — Der Zeuge Ludendorff erklärt, den Brief nicht bekommen zu haben; er sei wahrscheinlich in der Nationalen Vereinigung abgegeben worden. Die kommunistische Gefahr habe damals offenbar bestanden, mit Kapp habe er über einen Gegensatz gegen diese Gefahr gesprochen.

Hierauf wird ein Brief vom 17. März 1920 an Ludendorff über das Nihilieren des Kapp-Unternehmens verlesen. Es wird darin gesagt:

### Ludendorff habe von den Vorbereitungen zu dem Unternehmen gemußt

und er, Ludendorff, werde sie, die Teilnehmer, jetzt hoffentlich nicht im Stiche lassen. — Der Zeuge erklärt, daß dieser Brief ihm bei seiner Vernehmung in Leipzig vorgelegt worden sei, und wahrscheinlich von Herrn Trebitsch-Lincoln herrühre. Erhalten habe er den Brief nicht.

Auf eine Frage des Präsidenten erklärt Ludendorff, er habe am 13. März auf alle Fälle ein Blutvergießen verhindern wollen, deshalb sei er in der Frühe am Brandenburger Tor gewesen. Nach der Reichsanlei sei er am 13. März aus freien Stücken gegangen. Mit dem Kampf gegen den Bolschewismus sei es ihm und den andern heillos ergriffen gewesen. Dieser Kampf sei nicht als Ausschüßel für das Kapp-Unternehmen benutzt worden. Am 15. März hatte Ludendorff die Befürchtung, daß die Truppen nicht mehr hinter den Führern stehen würden, und daß ein Kampf gegen die Truppen drohte.

Zeuge Harnisch ergänzt seine Aussage dahin, daß er vermute, der vorher verlesene, an Ludendorff gerichtete Brief sei nicht allein von Trebitsch-Lincoln verfaßt, sondern unter Mitwirkung von Schnitzler zustande gekommen. Weder Ludendorff noch Harnisch werden verurteilt.

Es wird nunmehr zur Vernehmung des Generalmajors Hene geschritten. Hene wird verurteilt und erklärt, er habe seinerzeit zunächst den Eindruck gehabt, daß die Regierung in Weimar es stillschweigend dulden würde, wenn der Krieg gegen Polen weiterginge. Die ganze Bevölkerung Ost- und Westpreußens sei dafür gewesen. Aber man habe bei der Regierung und dem in Weimar tagenden Oberparlament schließlich kein Verständnis für den Kampf gegen Polen gefunden. Die Bewegung mußte deshalb abgeblasen werden. Kapp habe die gleichgehende Körperkraft nicht entfesselt, sondern nur umstimmen wollen. Kapp sei dann nach Berlin gefahren, habe aber dort die gleiche Ablehnung seiner ostpreussischen Pläne gefunden. Er, der Zeuge, sei dann mit Kapp nicht wieder in Berührung gekommen.

Nach Verlesung eines längeren Briefes Kapps über das von ihm geplante Unternehmen wird als Zeuge Rittergutsbesitzer Stubendorff aufgerufen. Er äußert sich über die Nationale Ver-

einigung. Daß in derselben über einen Rechtspunkt gesprochen worden sei, sei ihm nicht bekannt. Schnitzler, der Mitglied der Vereinigung war, sei ihm bekannt. Eine Kandidatur für die neue Regierung sei ihm, dem Zeugen, nicht angeboten worden. Beim Kapp-Putsch habe er eine gewisse Rolle gespielt. Er sei damals am 13. März abends nach Berlin gekommen und habe die Aufforderung erhalten, sich zu Pabst zu begeben. Er habe gewisse Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern geführt, um die Verzerrung möglichst zu beseitigen. Ein bestimmtes Amt habe er aber nicht gehabt.

Gegen den Generalstreik habe er im Namen Kapps gesprochen. Kapp habe ihm eine Legitimation für die Verhandlungen mit den Gewerkschaften ausgestellt. — Der Zeuge wird gleichfalls nicht verurteilt.

Zeuge Oberst von Stöckhausen: Lüttich hatte nach meiner Ueberzeugung nur die Absicht, eine starke Regierung zu ermöglichen. Mit seinen überparteilichen Absichten stimmte ich nicht immer überein. Wie er dazu gekommen ist, zu eigener Aktivität überzugehen, entzieht sich meiner Kenntnis. Das Verhältnis Lüttich zur Regierung, insbesondere zu Kapp, war das denkbar beste. Am 9. März habe ich Admiral von Trotha gebeten, auf Ehrhardt einzuwirken, daß keine Unbefonnenheit unternommen würde.

Zeuge Konsul a. D. Marg: Kapp hat mit mir über seine allgemeinen Pläne gesprochen, nicht aber davon, daß er die Regierung ergreifen wolle. Das war im Jahre 1919. Das Wort „Diktator“ ist damals öfter gefallen, aber ich dachte nicht daran, daß Kapp dabei in Frage kommen könne. Das Ziel Kapps war die Etablierung einer strafferen Regierung, in der Fachleute aufgenommen werden sollten. Mich interessierten nur wirtschaftliche Fragen, weil ich Kaufmann war.

Kontre-Admiral Heinrich: In einer Kommandeurversammlung im Januar 1920, die in Berlin stattgefunden hatte, und der Heinrich beiwohnte, soll davon gesprochen worden sein, Admiral v. Trotha abzusehen und ihn an seine Stelle zu bringen. Heinrich befreite dies entschieden. Putschabsichten, die ihm zugeschrieben würden, habe er nicht gehabt.

Kapitän zur See von Rosenburg, Befehlshaber der Seestreitkräfte der Ostsee, ist mehrere Male in Kommandeurversammlungen gewesen. Es wurde davon gesprochen, daß lediglich die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Betracht komme. In den Versammlungen nahmen Offiziere der See- und Landstreitkräfte teil. Es wurde bekräftigt, daß ein Rechtspunkt beabsichtigt sei. — Kontre-Admiral von Wagners äußert sich gleichfalls über die Offiziersversammlung vom 20. Januar 1920 in Berlin. Er hat auch davon gehört, daß Admiral Trotha ein Telegramm geschickt habe, daß sich die Marine der neuen Regierung zur Verfügung stelle.

Direktor des Pommerischen Landbundes v. Dewitz-Stettin: Gleich nach der Revolution waren wir bemüht, spartanischen Bestrebungen entgegenzuarbeiten. Das machte viele mißtrauliche und Minister Braun machte uns im Parlament sogar den Vorwurf, daß wir einen Putsch beabsichtigten. Für den Fall eines bolschewistischen Angriffs mußten wir uns verteidigen. Unsere Bestrebungen wurden als Putschismus ausgelegt. Dieser Auffassung wollte ich entgegenzutreten und aus diesem Gedanken heraus ist der Brief entstanden, den ich an Ludendorff geschrieben habe. Von Monat zu Monat beschränkte man einen kommunistischen Putsch, und als Antwort darauf war der Gegenstoß geplant.

### Der Kapp-Putsch kam für uns ganz überraschend.

Wenn ich in dem Brief an Ludendorff davon gesprochen habe, daß Kapp unvorsichtig gehandelt habe, so habe ich damit nicht sagen wollen, daß die Pläne seines Putsches verraten habe. Ich habe immer nur an die Abwehr eines kommunistischen Unternehmens gedacht. — Der Oberreichsanwalt wendet hierauf ein, daß ein kommunistischer Angriff ja gar nicht abgewartet worden sei. — Rechtsanwalt Neumann: In dem Brief sagen Sie: „Unsere Kreise können nur noch kurze Zeit warten“. — Zeuge: Wir warteten auf den Kommunistaufstand. Wenn er nicht kam, so erlachte die Bereitschaft der Einwohnerwehr zur Abwehr. Das Gebot der Selbsthilfe mußte der Landbevölkerung immer mehr klar gemacht werden. — Der Zeuge wird nicht verurteilt.

Zeuge Major Kurt Pfeiffer: Anfang 1920 fiel mir auf, daß Kapp oft zu Lüttich ins Ministerium ging. Das dauerte von Oktober oder November 1919 bis zum Ausbruch des Kapp-Putsches. Hauptmann Pabst war bekannt dafür, daß er stark für nationale Ziele eintrat. Am Kapp-Putsch war ich nicht beteiligt. Ich habe am Morgen des 13. März meinen Dienst niedergelegt.

Korvettenkapitän v. Trotha, der nicht verurteilt wird, war bei der Marinebrigade als Adjutant Ehrhardts. Er fand es nicht anstößig, daß die Brigade nach Berlin marschieren sollte, da sie schon öfter marschiert war, um Ordnung zu schaffen. Von Putschabsichten und von Kapps Beteiligung daran hatte er bis dahin nichts gehört. Der Befehl zum Marsch auf Berlin erfolgte um 8 Uhr 30 Minuten abends am 12. März. Auf halbem Wege wurde haltingem, weil die Brigade zu schnell marschiert war und nicht vor 7 Uhr am Großen Stern sein sollte. Ehrhardt soll während dieses Aufenthaltes eine Ansprache an die Truppe gehalten haben, der der Zeuge nicht beiwohnte. Als das Reichswehrministerium befehligt wurde, war der Zeuge zugegen. Er sagt, er habe nichts anderes tun können, als den ihm vom Oberst Bauer erteilten Befehl auszuführen. Er sollte die im Ministerium anwesenden Offiziere durch Handschlag verpflichten, das Gebäude nicht eher zu verlassen, als bis ihnen dies gestattet werde.

Der Gerichtshof beschließt hierauf, den gestern von der Verteidigung gestellten Antrag, den Grafen Brockdorff-Rantzau als Zeugen zu laden, als für die Beweisführung unerheblich abzulehnen.

Von den bisher noch nicht verurteilten Zeugen werden Ludendorff sowie v. Dewitz und Harnisch nachträglich verurteilt, während Kapitänleutnant v. Trotha und Rittergutsbesitzer von Stubendorff unverurteilt bleiben, weil bei letzteren beiden der Verdacht der Teilnahme nicht völlig beseitigt ist.

Sämtliche heute vernommenen Zeugen werden sodann entlassen und die Weiterverhandlung auf Sonnabend vormittag, 9 1/2 Uhr, vertagt.

Ueber die Höhe der Umsatzen lagen verschiedene Anträge vor. Der kommunistische und der unabhängige Antrag auf 3/4 Prozent, bezw. 1 1/2 Prozent wurden abgelehnt und sodann mit großer Mehrheit beschlossen, den Steuersatz auf 2 Prozent festzusetzen.

## Krisenstimmung an der Börse

Die große Sorge schleicht durch die Börsensäle. Noch vor einer reichlichen Woche schien es, als ob die Kurse für Devisen und Wertpapiere bis in den Himmel kletterten würden. Dann kam der „schwarze Donnerstag“ vor acht Tagen, der denjenigen Kreisen, die sich zu hohen Kursen eingedeckt hatten, schwere Verluste brachte. Das schmerzhafteste Opfer dieses Tages war die Pfälzische Bank, daneben erfolgte noch eine Reihe anderer Zusammenbrüche, aber im allgemeinen gelang es, den Ausbruch einer Panik zu verhindern. Inzwischen war der Dollar wieder etwas in die Höhe gegangen. Aus London kamen Nachrichten, die das Zustandekommen eines neuen Abkommens zwischen der Entente und Deutschland als zweifelhaft erscheinen ließen. Neue Hoffnungen wurden geweckt. Sie sind gestern zerfallen. Schon am Mittwoch abend wurde aus New York ein höherer Markkurs gemeldet, und das hatte zur Folge, daß zu Beginn der gestrigen Börse der Dollar wesentlich niedriger als am vorangegangenen Tage be-

wertet wurde. Im Verlaufe der Börse sank der Dollarkurs bis 185, bis zur amtlichen Notierung konnte er sich nur noch bis 189 erholen. Auch die anderen Auslandsdevisen fielen im Kurse, so daß das englische Pfund von 824 auf 771, der holländische Gulden von 734 auf 674. Auch die Wertpapiere gaben zum größten Teil erheblich im Kurse nach. Das Geschäft hielt sich in engen Grenzen, da wohl viel Verkaufsaufträgen vorlagen, aber so gut wie keine Nachfrage nach Devisen und Wertpapieren bestand.

Es ist anzunehmen, daß die nächsten Tage weitere Kursrückgänge bringen werden, besonders wenn es sich bestätigen sollte, daß die englische Regierung einem Moratorium für Deutschland zustimmen will. Das würde den Anfang einer Krise bedeuten, deren Umfang noch nicht abzusehen ist. Sie wird nicht nur jene unvorsichtigen Leute treffen, die ihre Erparnisse in den letzten Wochen an die Börse getragen hatten, weil sie dort mühelose Gewinne zu machen hofften. Die Krise kann auch sehr leicht auf den Warenmarkt übergreifen.

Die breite Koalition. Zu der Notiz unter dieser Ueberschrift in der gestrigen Abendausgabe wird uns mitgeteilt, daß nicht Minister Severing den deutlichenationalen Landrat beauftragt hat, sondern sein Vorgänger Dominicus. Wir hatten diese Meldung der „Frankfurter Zeitung“ entnommen.



# Preussischer Landtag

Freitag, 9. Dezember

Die zweite Beratung des Haushalts der Bergverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Hue (S. P. D.): Wir können angesichts der traurigen Verhältnisse von dem neuen Minister keine hochgespannten Ziele erwarten, sondern müssen zufrieden sein, wenn in der Bergverwaltung eine lebhaftere Aktivität Platz greift. Die vielfachen Anregungen auf eine Reform der Verwaltung an Kopf und Gliedern müssen endlich berücksichtigt werden, denn die Dinge können so nicht weitergehen. Gewiss ist in der Kohlenwirtschaft die Lieferung von Qualitätskohle an die Entente recht drückend. Von einer allgemeinen Kohlennot kann man aber nicht sprechen. In der Braunkohlenindustrie gab es bis zum Herbst Ueberproduktion, dann hat am 1. Oktober an Drängen der Unternehmer die freie Wirtschaft für Koks und Braunkohlen eingeleitet und wurde gegenüber dem Widerspruch der Arbeiter mit dem bestehenden Ueberfluß begründet. Sechs Wochen danach gab es Braunkohlen und Koks plötzlich nicht mehr. Wir haben eben keine großzügige Kohlenwirtschaft. Die Frage der „Deutschen Bergwerkszeitung“ gegen die Tarife ist um so unerhörter, als gar keine wirkliche Kohlennot besteht.

Die Erbitterung der Arbeiterschaft über die Teuerung, die Kapitalhinterziehung und das Auftreten der Großindustrie gegenüber dem Staat ist ständig im Wachsen. Aus dem ganzen Glend kommen wir nicht eher heraus, ehe wir nicht Schluss machen mit der privatkapitalistischen Wirtschaft. Darum treten wir ein für die Förderung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf Sozialisierung des Kohlenbergbaues. (Beifall.)

Abg. Sabotta (K. P. D.) verbreitet sich ausführlich über die Befahren im Bergbaubetriebe.

## Abg. Otter (U. P.)

Der Herr Minister hat in Aussicht gestellt, daß trotz der ungünstigen Verhältnisse er in der Lage sein werde, über die Misere hinwegzukommen. Er glaubt, die Kohlenproduktion durch demnächst stattfindende Verhandlungen fördern zu können. Aber diese Bemerkungen scheinen mir auf die Absicht hinauszugehen, die Bergarbeiter entweder zu Ueberstunden oder Ueberleistungen zu bewegen. Sollte dieser Versuch wirklich unternommen werden, so wird man auf Granit stoßen. Wenn die Arbeiter heute sich in einer derartigen Lage befinden, daß sie noch nicht einmal ein Pfund Kartoffeln im Keller haben, kann man unmöglich von ihnen verlangen, daß sie noch mehr als jetzt sich abfinden. Es wurde sozial über die großen Gewinne in der Schwerindustrie gesprochen. Wer ist es denn, der der Schwerindustrie diese Gewinne zuschreibt? Der Reichsrat legt die Preise fest, und an diesen Preisen bereichern sich Stinnes und Koniorzen. Das beweist genug, daß der Reichsrat die Preise viel zu hoch festsetzt. Wenn die Verhältnisse sich zugunsten des Staates ändern sollen, muß mit dem früheren System ein Ende gemacht werden. Die Klage über Kohlenmangel ist durchaus nicht am Plage. Im Ruhrgebiet liegen gegenwärtig nicht weniger als 800 000 Tonnen auf den Halde.

Es geht nicht an, daß die Minister uns immer vorreden, infolge Kohlenmangels sei dieses oder jenes nicht möglich gewesen.

Das Betriebsrätegesetz ist vollkommen unzulänglich. Die Tätigkeit der Betriebsräte wird systematisch unwirksam gemacht. Hier ist eine Aenderung dringend notwendig. Nebenher geht sofort auf die Klagen über die Unrentabilität des staatlichen Bergbaues ein. Wir beantragen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem sämtliche bergbauliche Unternehmungen nach den Verhältnissen ihrer Förderung zu den Kosten der staatlichen Bergverwaltung und des bergbaulichen Unterrichtswezens herangezogen werden.

Im weiteren weise ich auf folgendes hin: Es ist vielfach üblich, daß von den in staatlichem Abbau befindlichen Gruben Arbeiter an Unternehmer, die in demselben Betriebe Abbaustellen gepachtet haben, übernommen werden. Wollen diese Arbeiter wieder in ihre früheren Stellen zurück, so ist ihnen das für längere Zeit unmöglich gemacht. Denn es besteht die Abmachung, daß solche Arbeiter, bevor sie wieder in die staatlichen Abbaustellen zurückkommen, drei Monate auf einer anderen Stelle gearbeitet haben müssen. Das kommt einer dreimonatigen Aussperrung gleich. Denn für die Arbeiter bedeutet diese dreimonatige Frist vielfach dreimonatiges Wastlossein.

Wir haben hinsichtlich der Umgestaltung der Bergbauverwaltung folgende Forderungen zu stellen: Der umzugestaltende Betrieb muß mit neuen leitenden kaufmännischen Beamten besetzt, die Privilegien der Staatsbeamten beseitigt werden. Alle leitenden Stellen sollen aus geeigneten Kräften aus der Arbeiterschaft zugänglich sein. In den Konferenzen der leitenden Personen sind auch die Betriebsausschüsse hinzuzuziehen. Bei allen Betriebsvorgängen haben die Betriebsräte mitzuwirken. Das soziale Sekret bei der Generaldirektion ist durch Arbeitervertreter zu belegen. Für den gesamten, in Händen des Staates befindlichen Bergbau ist ein Hauptbetriebsrat beim Handelsministerium zu bilden.

Wir sind bereit, mitzuarbeiten. Aber wir geben, gewiktigt durch die Erfahrungen, sehr wenig auf die schönen Worte der Minister. Sollen die Verhältnisse gebessert werden, so ist nicht nur notwendig, daß die staatlichen Bergbaubetriebe in ihren betriebsmäßigen und sozialen Einrichtungen vorangehen, sondern auch, daß die Sozialisierung der Bergwerke sofort und ernstlich in die Hand genommen wird. Selbstverständlich ist, daß zur Finanzierung des gesamten Staatshaushalts die Erfassung der Gold- oder Silbererträge in allerhöchster Zeit durchgeführt werden muß. (Lebhaftes Bravo! bei den U. Soz.)

Hierauf werden eine ganze Reihe von Abstimmungen vorgenommen und sodann die Verhandlungen auf abends 7 Uhr vertagt.

## Die Verhaftung Eberleins beschlossen

Der Geschäftsausschuß des Preussischen Landtages beschloß am Freitag mit 18 gegen 3 Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten die Aufhebung der Immunität des kommunistischen Abgeordneten Eberlein. Mit 10 Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Demokraten wurde gegen 9 Stimmen der drei sozialistischen Parteien die sofortige Inhaftnahme beschlossen.

Wie die B. V. N. hören, hat der aus dem mitteldeutschen Aufstand bekannte Kommunistenführer Lemda bei seiner Vernehmung im Berliner Polizeipräsidium angegeben, daß er zwar nicht der Verfasser des ihm zur Last gelegten Berichtes sei, daß dieser Bericht aber mit den Tatsachen, die in Frage kommen, durchaus übereinstimme. Lemda bestätigte, nach dem 25. März die militärische Oberleitung und Führung im Mansfelder Bezirk in den Händen gehabt zu haben. Lemda tritt für die von ihm im mitteldeutschen Aufstand getroffenen militärischen Maßnahmen voll ein, dagegen lehnt er jede Verantwortung für Sprengungen und Plünderungen ab. Lemda, der ursprünglich der Mehrheitssozialdemokratie angehörte und zu den Unabhängigen überging, war bei Ausbruch des Aufstandes in Mitteldeutschland kommunistischer Bezirkssekretär für den Bezirk Merseburg-Halle.

deutschen Aufstand getroffenen militärischen Maßnahmen voll ein, dagegen lehnt er jede Verantwortung für Sprengungen und Plünderungen ab. Lemda, der ursprünglich der Mehrheitssozialdemokratie angehörte und zu den Unabhängigen überging, war bei Ausbruch des Aufstandes in Mitteldeutschland kommunistischer Bezirkssekretär für den Bezirk Merseburg-Halle.

## Kohlensteuer und Schlichtungsordnung

Im Reichswirtschaftsrat lag in der Sitzung am Freitag zum Bericht des Reparationsausschusses über den neuen Entwurf betr. Aenderung der Kohlensteuer, der eine Erhöhung der Steuer auf 40 Prozent vorsieht, ein Antrag Barthsat, den Steuerfuß auf 30 Prozent zu ermäßigen, sowie ein Antrag Bästlein, den Bezug von Hausbrandkohlen zu ermäßigten Preisen zu ermöglichen, vor. Der Ausschussbericht wird genehmigt, der Antrag Barthsat abgelehnt, der Antrag Bästlein angenommen.

Es folgt der Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über den Entwurf einer Schlichtungsordnung.

Bei der Abstimmung zu dem grundlegenden § 1 wird der Antrag Mühlham wegen Herauslösung der Hausgehilfen durch Hammelsprung mit 90 gegen 83 Stimmen abgelehnt. — Der weitere Antrag Albrecht, der die Schlichtungsordnung nur dann auf Streitigkeiten aus dem einzelnen Arbeitsverhältnis anzuwenden will, wenn dadurch zugleich die Interessen weiterer Arbeitnehmer berührt werden, während die Vorlage in Einzelstreitigkeiten die Schlichtungsordnung überhaupt ausschließen will, wird — wiederum im Hammelsprung — mit 105 gegen 70 Stimmen abgelehnt. — Zum § 4 wird der Antrag Barthsat auf Einbeziehung der Heimgewerbetreibenden angenommen, der Antrag auf Her-

## Die Urwahl der Delegierten zum Parteitag

findet heute, Sonnabend und morgen, Sonntag, im Wahlbezirk Berlin, statt. (Totale und Wahlzeit sind in der Freitag-Morgen-Ausgabe veröffentlicht.) Noch einmal fordern wir alle Mitglieder auf, an dieser Wahl teilzunehmen. Es ist Pflicht eines jeden, seine Stimme abzugeben. (Stimmzettel werden in den Wahllokalen ausgegeben.)

auslassung der Beihilfen mit 90 gegen 87 Stimmen abgelehnt.

Für § 55 (Verfahren: Allgemeine Vorschriften) begründet Dr. Köhr einen Antrag Dr. Thissen und Genossen nachstehende Fassung: Absatz 1: Ist bei einer Gesamtschlichtung eine Einigung zwischen den Beteiligten nicht zustande gekommen, so ist vor der Anwendung von Kampfmaßnahmen die zuständige Schlichtungsstelle oder Schlichtungsbehörde anzurufen. Aussperrungen und Arbeitseinstellungen dürfen erst dann stattfinden, wenn die Schlichtungsstelle oder die Schlichtungsbehörde angerufen worden ist und einen Schiedspruch gefällt hat, oder wenn seit der Anrufung eine Woche verstrichen ist. Absatz 2: Eine Haftung für Schadenersatz aus Zuwiderhandlungen gegen Absatz 1 findet nicht statt. Stattdessen kann eine angemessene Buße verhängt werden, welche die Lebens- und Arbeitsfähigkeit der davon betroffenen Organisation nicht gefährden darf.

## Peipart (K. P. D.):

Auch wir wollen nicht, daß die Arbeitgeber durch plötzliche Arbeitseinstellungen überrumpelt werden. Vielmehr stehen auch wir auf dem Standpunkt, daß Forderungen den Arbeitgebern so rechtzeitig vorzulegen sind, daß sie sich darauf vorbereiten und zu ihnen Stellung nehmen können.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung ohne Streik ist besser als ein siegreicher Streik.

Bei plötzlich über Nacht ausgebrochenen Streiks muß sich auch erst die Gewerkschaftsleitung von der Rechtmäßigkeit des Streikes überzeugen und Beschluß darüber fassen, ob sie ihn unterstützen kann oder nicht. Verneinendensfalls versucht sie stets, die Arbeiter zu beruhigen und wieder in die Betriebe hineinzubringen. Steht sich heraus, daß ein plötzlich ausgebrochener Streik berechtigt ist und wird er von der Gewerkschaftsleitung nachträglich gebilligt, so kann dieser auch keine Buße und Schadenersatz auf sich nehmen. Für die Möglichkeit staatlicher Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten sind wir stets eingetreten, aber den Zwang lehnen wir ab.

In der Debatte befreit Dr. Thissen, daß der § 55 Absatz 1 strafrechtliche Verfolgungsmöglichkeiten schafft. Die volle Schadenersatzpflicht geht auch uns zu weit. Wer aber grundsätzlich den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderhandelt, dem ist nicht zu helfen. — Nach weiterer Debatte wird der Abs. 1 des Antrags Dr. Thissen angenommen, der Abs. 2 abgelehnt.

Angenommen wird folgender Antrag: Ein Schiedspruch kann nur für verbindlich erklärt werden, wenn eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder der Kammer zugestimmt hat, und sowohl Arbeitgeber, wie Arbeitnehmerbesitzer der Mehrheit angehört haben. Eine Kammer, die über Verbindlichkeits-erklärungen entscheidet, muß neun Mitglieder, und zwar außer einem Vorsitzenden, zwei weitere unparteiische Mitglieder und je drei Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer als Beisitzer umfassen. — Ein Antrag Albrecht, der Arbeitnehmerbesitzer gegen willkürliche Maßnahmen schützen will, und deshalb Kündigung oder Verlesung von der Zustimmung der Betriebsvertretung abhängig macht, wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Der Bericht des Ausschusses wird sodann in der Gesamtabstimmung abgelehnt. (Stürmische gegenseitige Zurufe: Das ist Ihre Schuld!) Ein Antrag auf eine zweite Lesung wird angenommen, sie soll am Sonnabend erfolgen.

## Das endgültige Ortsklassenverzeichnis

Vollständige Einigung mit den Beamten

Die im Reichsfinanzministerium gepflogenen Verhandlungen mit der Beamtenschaft über das endgültige Ortsklassenverzeichnis, welche nahezu drei Wochen gedauert haben, sind nunmehr zum Abschluß gekommen und haben zu einer vollständigen Einigung geführt. Den Wünschen der Beamten ist in weitestgehendem Maße entgegengekommen. Die auf Grund der Verhandlungen ausgearbeitete Regierungsvorlage bringt gegenüber den bisherigen Entwürfen sehr zahlreiche und ins Gewicht fallende Verbesserungen. So ist die Mehrzahl der deutschen Großstädte, z. B.

Königsberg, Stettin, Halle, Breslau, Kiel, Magdeburg, Hannover, Nürnberg und Karlsruhe in eine höhere Ortsklasse (A) gekommen; auch von den Mittel- und Kleinstädten ist ein großer Teil gehoben worden. Gegenwärtig liegt der Gehaltswert dem Reichstag zur Beschlußfassung vor.

Das Gesetz wird rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 haben. Infolgedessen sind die Nachzahlungen, die sich aus Höherstufungen von Orten ergeben, sehr beträchtlich. Sie betragen bei einem kinderlosen Beamten für die Zeit vom 1. April 1920 bis 1. Januar 1922 bei Hebung um eine Ortsklasse allein durchschnittlich etwa 15 000 Mark. Bei den nicht seltenen Hebungen um mehrere Ortsklassen erhöht sich der Betrag entsprechend. Unter den gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere mit Rücksicht auf die Geldentwertung, legt die Regierung den größten Wert darauf, daß diese Nachzahlungen noch vor Weihnachten in die Hände der Beamten gelangen. Sie hat bereits alle Maßnahmen getroffen, daß diese Absicht auch durchgeführt werden kann. Es handelt sich jetzt nur noch darum, daß der Reichstag unter Verzicht auf Änderungen das Gesetz so bald wie möglich verabschiedet. Die Auszahlungen können alsdann logisch erfolgen.

Der Reichsrat hat das Gesetz ohne Änderungen angenommen, allerdings nur unter dem Vorbehalt, daß auch der Reichstag ein Gleiches tut.

## Kansen in den deutschen Wolga-Kolonien

DE. Moskau, 9. Dezember 1921.

In Saransk (Gouv. Samara) ist Fritz Kansen im Begleitung Wehlers und Ferrars zum Studium der Lage der hungernden Wolgabewohner eingetroffen. Ferrar erklärte Pressevertretern, daß das Bild des Hungereleidens in den deutschen Wolga-Kolonien alles übertrifft, was er seinerzeit in Indien während der dortigen von ihm geleiteten Kampagne gegen den Hunger gesehen habe. Kansen ließ kinematographische Aufnahmen der abgehenden und verstorbenen Kinder machen und ordnete die Eröffnung neuer Kinderkrippen für die Verpflegung weiterer 10 000 Kinder an.

## Zaristische Streifjustiz in Polen

DE. Warschau 9. Dezember 1921.

In polnischen Arbeiterkreisen ruft die Verurteilung des Vorsitzenden des Landarbeiterverbandes Kwapiński, des sog. „Landarbeiter-Diktators“, zu drei Jahren Gefängnis, größte Empörung hervor. Kwapiński war der Anklage eines Landarbeiterstreiks im Kreise Grojeo im Mai 1921 angeklagt. Das Gericht ging davon aus, daß die Bestimmung des ehemaligen russischen Strafrechts, wonach die Anklage von Arbeitseinstellungen als Kriminalverbrechen anzusehen sei, im sowjetischen Gebiete noch ihre Gültigkeit bewahrt habe, da sie durch kein eigenes polnisches Gesetz ersetzt sei. Trotz des Zeugenausganges der zurzeit jenes Streiks amtierenden Minister Skulski und Witos, daß die damalige Regierung jene veralteten Bestimmungen als nicht mehr rechtsträftig angesehen hätte, wurde der erwähnte Urteilsspruch gefällt.

Ein Staatskommissar für Groß-Hamburg. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist die Meldung eines Berliner Blattes, daß der frühere Minister Dr. Südekum zum besonderen Staatskommissar zur Bearbeitung der Groß-Hamburger Frage ernannt worden sei, zutreffend. Dr. Südekum wird in den nächsten Tagen seine Tätigkeit aufnehmen.

Die Todesopfer von Saarwellingen. Wie die „Saarbrücker Landeszeitung“ meldet, beträgt die Zahl der Toten bei dem Explosionsunglück in Saarwellingen 13, die der Schwerverletzten 6 und der Leichtverletzten ungefähr 40. — Danach ist die Zahl der Toten erfreulicherweise erheblich niedriger, als nach den ersten Meldungen angenommen werden mußte.

## Der Streik der Hochbahner

Ein neuer Schiedspruch

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hatte am gestrigen Freitag eine Sonderkammer zusammenberufen, die sich mit dem Hochbahnerstreik befaßte. Die Verhandlungen scheiterten an dem Verhalten des Arbeitgeberverbandes der deutschen Straßen- und Kleinbahnen, dem die Hochbahnergesellschaft die Lohnstreikigkeit zur Regelung übertragen hat. Nachdem alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren und beide Parteien die Verhandlungen aufgeben wollten, erklärte sich der Schlichtungsausschuß von Amts wegen für zuständig und fällte einen einstimmigen Schiedspruch.

Dieser Schiedspruch befaßt sich in einzelnen Bestimmungen mit dem Schiedspruch vom 3. Dezember, der von der Belegschaft in der Urabstimmung abgelehnt wurde, und sieht außerdem eine Wirtschaftsbefristung vor. Diese beträgt für Jugendliche 100 Mk., für Arbeitnehmer ohne Kinder 225 Mk., mit einem Kinde 250 Mk., und mit zwei oder mehr Kindern 300 Mk. Den Parteien ist bis zum heutigen Sonnabend abend Zeit zur Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs gegeben worden. Es ist sehr bezeichnend, daß die Vertreter des Arbeitgeberverbandes den Sitzungssaal bereits verlassen hatten, bevor der Schiedspruch gefällt wurde.

Die Funktionäre empfehlen Annahme des Schiedspruchs

Eine Vollversammlung der Funktionäre des Hochbahnervereins tagte am gestrigen Abend und beschäftigte sich eingehend mit dem Schiedspruch. Die Unterhändler berichteten über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß und die ablehnende Haltung der Vertreter der Unternehmer. Lediglich aus Höflichkeitsrücksichten, und weil auf ein Richtersehen Geldstrafe ausgesetzt ist, seien sie zu den Verhandlungen erschienen. Sie erklärten den Schlichtungsausschuß als nicht zuständig. Das Hochbahndirektorium werde auch einen Schiedspruch unter keinen Umständen anerkennen, da ein rechtsgültiger Schiedspruch bereits vom Reichsarbeitsministerium gefällt sei. Die Funktionäre erklärten den Schiedspruch und kamen nach längerer Aussprache gegen zwei Stimmen zu dem Beschluß, einer heute vormittag 10 Uhr auf dem Bahnhof Gleisdreieck stattfindenden Vollversammlung der streikenden Hochbahner, den Schiedspruch zur Annahme zu empfehlen.



Ein Versprechen, eine Aufforderung  
Wir werden nach wie vor dem Versprechen, das in unserer Schutzmarke zum Ausdruck kommt, redlich nachkommen. Folgen Sie Ihrerseits der gleichfalls darin enthaltenen Aufforderung:  
Urteilen Sie selbst!







# Der Stand der Einkommensteuerveranlagung

## Erhöhung der Werbungskosten — Einführung eines Steuerbuches

In einer Sitzung mit Pressevertretern ermittelten gestern die Leiter des Landesfinanzamtes Berlin Bericht über den Stand der Veranlagung der Steuern, insbesondere der Einkommensteuer und des Lohnabzugs. Nach einleitenden Worten des Präsidenten, der betonte, daß die Reichssteuerbehörden sich immer noch in einem Uebergangsstadium befinden und daher noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden haben, erläuterte der Generalreferent für die Einkommensteuer die hierfür bestehende Organisation. Man hoffe bestimmt, das Veranlagungsgeschäft für das Jahr 1920 noch in diesem Jahr zum Abschluß zu bringen, so daß anzunehmen sei, daß alle Steuerjahre bis spätestens Ende Januar im Besitze ihres Steuerbescheides sein werden. Bei der Beurteilung der Tätigkeit des Landesfinanzamtes Berlin müsse berücksichtigt werden, daß 2.300.000 Steuerpflichtige in Berlin vorhanden seien. Bis jetzt seien bereits zirka 150.000 Steuerbescheide verfaßt worden. Aus der großen Zahl der darauf schon jetzt eingegangenen Beschwerden lasse sich erkennen, daß die endgültige Abwicklung der Steuererklärungen für das Jahr 1920 noch ungeheure Schwierigkeiten verursachen wird. Die Änderung des Lohnsteuergesetzes hat es mit sich gebracht, daß die Mehrzahl der Steuerpflichtigen im Jahre 1920

einen größeren Steuerbetrag durch Lohnabzug entrichteten, als sie endgültig zu zahlen haben. Um die Arbeit nicht unnötig zu vermehren, habe man sich gezwungen gesehen, nur in den Fällen besonderer Notlage Vorbescheide zu erteilen und mehrgezahlte Steuer schon jetzt zurückzahlen. Die Schwierigkeiten bei dem Landesfinanzamt Groß-Berlin gegenüber anderen Landesfinanzämtern werden dadurch erhöht, daß es sich hier um den vollreichsten Teil der 28 bestehenden Landesfinanzämter handelt. Besondere Schwierigkeiten seien hervorgerufen worden durch die sich in großer Zahl hier befindlichen Ausländer und Flüchtlinge.

Danach gab

### der Generalreferent für die Lohnsteuer

einen Überblick über den Stand und Entwicklung dieser Steuerart. Auch er wies eingangs seiner Ausführungen auf die ungeheuren Schwierigkeiten hin, die sich der Einführung der neuen Art der Steuererhebung, der Erfassung der Steuern an der Quelle entgegenstellen. Allein 600 verschiedene Verfügungen sind erlassen worden, um alle Abänderungen der Gesetzes- und Ausführungsbestimmungen den nachgeordneten Behörden mitzuteilen. Wenn sich trotzdem das System so schnell eingebürgert habe, sei das in erster Linie den Berliner Arbeitnehmern zu danken, die nicht wie andernorts sich der Einführung des Lohnabzugs widersetzt haben. Das habe zur Folge gehabt, daß Berlin in Bezug auf die Fortentwicklung der Arbeit an der Spitze im Reiche marschiere. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß allein im letzten Jahre sechsmal grundlegende Änderungen des in Frage kommenden Gesetzes erfolgt seien.

Gewisse Schwierigkeiten haben insbesondere die Wertung der Naturalbezüge gemacht, doch seien auch diese seit April überwunden und mit den bestehenden 14 in Frage kommenden Versicherungsämtern ist ein einheitlicher Satz dafür festgesetzt worden. Für alle diejenigen, für die sich auch jetzt noch Nachteile durch die unrechtmäßige Festsetzung ergeben, sei dadurch ein Ausgleich geschaffen, daß diese am Jahresende das Recht haben, auf dem Wege der Veranlagung etwa gemachte Fehler auszugleichen.

Ein besonderes Kapitel beim Lohnsteuergesetz bilden

### die Werbungskosten.

blei im Anfang zum größten Teil unbekannt, oftmals nicht beachtet worden sind. Erst nachher, als sich angeblich ergab, daß auf diesem Wege eine „bedeutende Herabsetzung“ der endgültigen Steuerleistung möglich sei, sind erhebliche Schwierigkeiten entstanden. Man habe sich veranlaßt gesehen, generelle Festsetzungen für eine ganze Anzahl Berufe zu erlassen. So sind diese erfolgt für Helmarbeiter, Bühnenmitarbeiter, Filmkaufleute, wissenschaftliche Techniker, Artisten und Musiker. Die seit der letzten Novelle festgesetzten Werbungskosten von 1800 M. sollen noch in diesem Monat eine Änderung dahingehend erfahren, daß der Geldwert entsprechend die Werbungskosten auf 3500 M. angehoben werden sollen. Da dazu noch Krankentafeln- und Invalidenbeiträge vom Steuerabzug befreit bleiben sollen, wird wahrscheinlich die Gesamtsumme der steuerfreien

Werbungskosten ab 1. Januar mit 4000 M. angerechnet werden.

Um die Unkenntnis über die einschlägigen Bestimmungen und Zuständigkeit der Finanzämter zu beseitigen, ist ein Wegweiser in Vorbereitung. Infolge des Uebergangsstadiums sei man erst jetzt in der Lage, die Geschäfte für 1920 zu Ende zu führen. Als völlig unbrauchbar für Berlin hat sich die Abführung der Lohnabzüge durch die Arbeitgeber mittels Listensystems erwiesen. Obwohl bereits ein besonderes Bureau seit 1/2 Jahren daran gearbeitet habe, die dabei entstandenen Fehler zu beseitigen, habe sich dies nicht ermöglichen lassen. Die Arbeitnehmer solcher Betriebe, die den Steuerabzug nicht durch Markentleben abführten, werden daher auch bei der Rückzahlung zuviel gezahlter Beträge besondere Umstände haben. Es sei aber Vorbeuge getroffen, daß Forderung und Zwangsmassnahmen gegen solche Arbeitnehmer nicht Platz greifen, deren Lohnabzug nicht durch Steuerkarte nachgewiesen werden kann. Zirka 100.000 Arbeitnehmer kommen dafür in Betracht.

Eine grundlegend neue Änderung des Lohnsteuergesetzes tritt am 1. Januar 1922 in Kraft, da von diesem Zeitpunkt ab nicht nur der Lohnabzug, sondern auch die Veranlagung durch den Arbeitgeber erfolgen soll. Zu diesem Zwecke erhalten sämtliche Arbeitnehmer bis spätestens 24. Dezember

### ein neues Steuerbuch.

auf dessen vorderer Seite eine Bescheinigung der Gemeindebehörde über die Höhe der Ermäßigung für Familienangehörige und Werbungskosten enthalten ist. Mittels der auf der Rückseite befindlichen Tabelle wird es ermöglicht, in jedem Einzelfalle sofort den steuerfreien Betrag für den Steuerpflichtigen festzustellen. Alle diejenigen Arbeitnehmer, die aus anderen Gemeinden zugezogen sind, müssen sich ein derartiges Steuerbuch schnellstens von ihrer früheren Gemeindebehörde beschaffen.

Unklarheit besteht insbesondere vielfach über die Verwendung der Steuermarken. Der Referent betont, daß alle Gerichte, daß solche Marken in Verfall geraten, unzutreffend seien. Er empfiehlt allen, mit der Berechnung der Marken bis zur endgültigen Zustellung des Steuerbescheides zu warten. Ueber das am 1. Januar in Kraft tretende, neu abgeänderte Lohnsteuergesetz werden öffentliche Bekanntmachungen in ausreichendem Maße noch erfolgen.

Zum Schluß der Sitzung wurde nochmals betont, daß das Landesfinanzamt Berlin gewillt ist, alle berechtigten Beschwerden abzustellen, und gebeten, etwa vorkommende Fehler mit den oben geschilderten Umständen zu entschuldigen.

Die in der Sitzung erwähnte Heraushebung der Werbungskosten steht in Aussicht. Der Steuerausgleich des Reichstages hat kürzlich die Regierung aufgefordert, einen Entwurf zur Abänderung des Lohnsteuergesetzes vorzulegen, durch den aber nicht nur eine Erhöhung der Werbungskosten, sondern auch eine Herabsetzung der Tarifhöhe und eine Heraushebung der steuerfreien Beträge erfolgen soll. Es ist wahrscheinlich, daß diese Vorlage den Reichstag bereits in der nächsten Woche beschäftigen wird, weil insbesondere die Vertreter der U. S. P. nachdrücklich darauf hingewiesen haben, daß eine Anpassung dieser Beträge an die Geldwertwertung unter allen Umständen notwendig ist und spätestens zum 1. Januar in Kraft treten muß.

## Die Kohlenversorgung der Gaswerke

### Keine Gefährdung der Gasproduktion

In unserer Abendausgabe vom Donnerstag haben wir eine Meldung wiedergegeben, in der die Kohlenversorgung der Berliner Gaswerke als völlig unzureichend bezeichnet wurde. Es stellt sich heute durch Mitteilung von zuständiger Seite heraus, daß die Gefahr als zu groß dargestellt worden war.

Infolge der mangelnden Zufuhren sind die Kohlenvorräte der Werke in den letzten Tagen zwar erheblich vermindert worden, es kann aber von einer wirklichen Gefahr für die Gasversorgung Berlins nicht gesprochen werden. Fast alle Berliner Gaswerke besitzen zur Zeit einen Kohlenvorrat für zirka sechs Tage, der im Bedarfsfalle noch gestreckt werden kann. Mit diesen Vorräten ist die Lage der städtischen Gaswerke noch bedeutend günstiger als in derselben Zeit des Vorjahres.

Im übrigen hat man aus den Erfahrungen der letzten Zeit gelernt und ist bei den meisten Werken zur Errichtung von Anlagen zur Herstellung von Wasser gas geschritten, das in dringendem Notfall ausnahmsweise zur Verwendung gelangen kann. Es wird aber damit gerechnet, daß sich die Kohlenversorgung der Werke bereits in den nächsten Tagen erheblich bessern wird, da der Witterungsumschlag die Heranziehung der Flußschiffahrt zur Entlastung der Eisenbahn ermöglicht.

## Die neuen Mietzuschläge

### Kleine und bedürftige Mieter haben das Recht auf Staffelung

Der Magistrat Berlin hat vorbehaltlich der Bestätigung durch die Stadtverordnetenversammlung den neuen Mietzuschlag zur Friedensmiete, der diesmal in Abweichung von der bisherigen Praxis zu einem ganz bestimmten Termin, nämlich am 1. Januar 1922, in Kraft treten soll, „bis zur Höchstgrenze“ von 70 Prozent festgelegt. Das bedeutet also, daß die Miet-einigungsämter, wie sie schon bisher in vereinzelten Fällen getan haben, auf Anruf den Höchstzuschlag für kleine oder besonders schlechte Wohnungen oder im Falle der Bedürftigkeit des Mieters auf weniger als 70 Prozent festlegen können, wenn zwischen den Parteien keine freiwillige Einigung erfolgt. Hieron ist seitens der Mieter viel zu wenig Gebrauch gemacht worden, weil sie den jeweiligen Mietzuschlag immer als unbedingte Zahl betrachten. Mit dem Ansteigen der Zuschläge gewinnt aber das Recht auf Staffelung für kleine und bedürftige Mieter erhöhte Bedeutung. Man unterschreibe also jetzt keinen Revers, der unter allen Umständen zur Zahlung von 70 Prozent Zuschlag verpflichtet. Wo dieser Zuschlag nach dem Sinne des Magistratsbeschlusses gezahlt werden muß, ist ein besonderer Verpflichtungsschein ganz überflüssig.

Ueber den Leichensund in der Jungfernheide hat auch die Obduktion des Wirtiners Hillgruber keine Aufklärung gebracht. Sie konnte die Todesursache nicht bestimmt feststellen, fand aber keinen Anhalt für einen gewaltsamen Tod. Für eine natürliche Todesursache spricht der weitere Befund der Obduktion, nach dem Hillgruber an Gehirnerkrankung und Herzklappenfehler litt.

Strahnenräubern in die Hände gefallen ist wieder ein Geschäftsmann aus der Provinz, der in Berlin zu tun hatte. Als er gestern spät abends, aus einem Café kommend, auf dem Alexanderplatz einen Mann nach einem Hotel fragte, führte ihn dieser durch mehrere Straßen bis in die Nähe einer Kirche, wahrscheinlich der Elisabethkirche an der Insalbenstraße. Hier fielen plötzlich zwei Männer von hinten über den Fremden her, packten ihn am Halbe und machten ihn so wehrlos. Dann raubten sie ihm den Ueberzieher, einen fast neuen grauen Schlüpper mit der Firmenbezeichnung Schneidmüller Reinold, Bad Dornhausen, und aus dem Jackett die Brieftasche mit 600 Mark. — Ein weiterer Raubüberfall wurde gestern nachmittag in der Wessertstraße verübt. Hier drangen zwölf junge Burchen in den Trüdeladen von Frobel im Hause Nr. 46 mit Gewalt ein und machten sich ans Blündern. Der Verkäufer Kron Apfelbaum, der allein anwesend war, gab auf die Räuber drei Revolverkugeln ab und verdeckte damit die Burchen, die aber trotzdem für 4000 Mark Kleidungsstücke mitnehmen konnten. Nur einer der Blünderer, ein aus Höchst gebürtiger 32 Jahre alter Arbeiter Heinrich Startz aus der Kastanienallee 21, der durch eine Kugel in den Oberarm getroffen worden war, konnte von hinzukommenden Beamten der Schutzpolizei verhaftet werden. Seine Verletzung ist so erheblich, daß man ihn zunächst als Vollgefangener nach der Charité bringen mußte.

## Urwahl zum Parteitag

### Nachtrag von Wahllokalen

16 Verwaltungsbezirk, Cöpenick: Sonnabend abend 7—9 Uhr, Sonntag 10—11 Uhr. Lokale: Hader, Bahnhöfstr. 7, Ehrenberg, Elisabethstr. 2, Flugbeil, Grünauer Straße 70. Friedrichshagen: Urwahl Sonntag 10—11 Uhr bei Bapier, Friedrichstraße 12.

Rahnsdorf: Sonntag 10—12 Uhr, Gemeindeamt, Fürstenerwälder Straße, Zimmer 6.

Bohnsdorf: Sonntag 10—2 Uhr im Jugendheim. Resultate aller Orte sind Sonntag nachm 3 Uhr bei Hader, Cöpenick, Bahnhöfstraße 7, abzugeben.

11. Bezirk. Die Wahl findet in den Abteilungslokalen statt. Die 1. Abteilung wählt nur am Sonntag. Die Wahlleiter der Abteilungen müssen Material und Protokoll über die Wahl am Sonntag zwischen vier und fünf Uhr bei Scheibe, Pasteurstraße 2, an den Bezirksvorstand abliefern.

## Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Rühl. Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(88. Fortsetzung)

„Sie wissen ganz gut, Herr Jacques, daß wir keine Hundsfötter sind.“

Réal konnte die Bemerkung des jungen Foucart über die Fabrikarbeiter nicht vergessen. Nicht weit von Buffenay bestand sich eine Gießerei mit dreihundert Arbeitern. Wie dachten die wohl?

Am nächsten Sonnabend begab er sich, einfach gekleidet, in eine der kleinen Schankwirtschaften, die sich an die Arbeiterfiedlung angegliedert hatten.

Einer der Gäste las das „Reit Journal“. Die Nachricht von einer neuen Truppenverteilung nach Syrien veranlaßte ihn zu einem Ausruf. Eine allgemeine Unterhaltung entspann sich. Réal beteiligte sich zurückhaltend. Jeder gab freimütig Bescheid.

„Der Krieg? Reden wir lieber nicht mehr darüber. Die Armen mußten ihn führen, den Reichen hat er genützt. Man hat den Hungerleidern die Bajonette in die Woten gedrückt. Und wen sollten sie schützen? Schlösser, Fabriken, Stahlwerke. Das Volk hat diese Beschäftigung jetzt satt. Wer nichts mehr zu verlieren hat, braucht nichts zu verteidigen.“

„Die ärgsten Schweinehunde sind jene, die uns eingedet haben! Vorwärts! Sie mißbrauchen eure Frauen, eure Mädchen! Vorwärts, gebt es ihnen tüchtig! Und die währenddessen ihre Taschen gefüllt haben. Sie haben uns gehörig ausgehöhlt! Aber jetzt haben wir genug!“

Er unterbrach sich. Ein rhythmisches Geräusch ließ die Fenster des Wirtshauses erzittern. Trompetenrufe. Ein Regiment lag vorüber.

Die Gäste drängten nach der Schwelle, um die Soldaten zu sehen. Diese waren auf einem Übungsmarsch. Staub und Schweiß lag auf ihren Gesichtern. Ein scharfer Getusch nach Wolle und Leder schwebte über den Reihen. Die Trompeten bliesen während des Marsches durch das Dorf schneidende Weifen, bei deren Klang jeder Frontsoldat scharfer ausbreitete. Die Leute marschierten mit dem Gewehr auf

Réal beobachtete den Gesichtsausdruck der Arbeiter. Da war keine Spur von Feindseligkeit gegen den erzwungenen Militärdienst. Eher eine gewisse Outlaunigkeit. Sie freuten

sich, frei zu sein, während die anderen exerzierten mußten. Die wilde Musik schien ihnen zu behagen. Erinnerungen an die Kaserne, an die Jugend stiegen in ihnen auf.

Und ihm wurde klar, daß ein Trommelwirbel im Falle eines neuen Zusammenstoßes genügen würde. Trotz allen Lehrmeinungen würden die Leute nach den Kasernen strömen, wie es die deutschen, französischen, englischen Sozialisten im Jahre 1914 getan hatten.

Gewiß empfanden sie in ihrem tiefsten Herzen so, wie es jener Mann ausgedrückt hatte. Aber sowie die militärische Hypnose sich geltend machte, ergriß sie alle miteinander ein Raub. Aller Herzen schlugen im Gleichklang, wie es in den Tagesbefehlen gewöhnlich hieß.

Langsam lehrte Réal nach Hause zurück. An einer Wegsteigung schob er sein Rad vor sich her, als er seinen Namen hörte.

Es war der Abbé Rachard, der Dorfpfarrer, den er seit zwanzig Jahren kannte und der ihm nun vom Zaun des Pfarrgartens zuwinkte.

„Gott grüße Sie, Herr Réal! Es ist heiß, nicht wahr? Ein Gläschen Sirup gefällig? Ich habe noch das richtige Gemenge von Johannisbeeren und Himbeeren... Und das Brunnenwasser ist ganz frisch... Bitte, treten Sie doch ein!“

Réal hatte den Pfarrer seit Jahren nicht gesehen. Dieser war wenig verändert, er sah in seiner grünen Soutane dick und rund aus. Sein kahler Kopf war von grauem lockigem Haar umkränzt. Das Doppelkinn hing bis zu den Wäffchen herab. Sein Bauch machte den Eindruck, als läge er auf den Knien, er rundete und spannte sich unter den gefalteten Händen.

Sie sprachen über die Pfarrgemeinde, über die Verluste, die mehrere Familien erlitten hatten. Ohne seine Erfahrungen von heute morgen zu verraten, sprach Réal über den Krieg; er fragte den Pfarrer, wie er diese Zeit verbracht habe.

„Recht gut. Unsere teure Heimat ist verschont geblieben. Wir haben das Unglück nur vom Hörensagen kennen gelernt.“

„Und keiner Ihrer persönlichen Freunde ist betroffen?“

„Keiner, dem Himmel sei Dank, auch nicht unter den Ärmsten.“

„Die Geistlichen“, bemerkte Réal, „haben vielfach als Krankenträger gedient. Und so ausgefetzt sie waren, sie

hatten doch mehr einen Zufall als einen eigentlichen kriegsrühenden Tod zu bestrafen.“

Der Pfarrer hob die rechte Hand, deren Zeige- und Mittelfinger er gewohnheitsmäßig aneinander hielt:

„Mein Gott, glauben Sie das doch nicht, lieber Herr Réal. Viele sind im tapferen Kampf gefallen. Mein Nachbar, der Pfarrer von Limière, war zu den Waffen überufen und hatte zwei deutsche Schildwachen überfallen und niedergemacht. Und wie viele andere haben geschossen und selbst mit dem Bajonett gekämpft.“

Die alte Magd brachte Sirup, Gläser und eine Flasche ganz frischen Wassers.

Réal erquidete sich und sagte:

„Herr Pfarrer, gestatten Sie eine Frage.“

Der Pfarrer öffnete beide Arme. „Mit Freuden.“

„Nun, wie kann man die reine Christenlehre mit dem Krieg in Einklang bringen?“

Der Pfarrer rieb sich seine fette Wange und versetzte:

„Darüber könnte man dicke Bücher schreiben. Und ich bin kein so bedeutender Theologe, daß ich Ihnen gründlich Auskunft geben könnte.“

Réal wollte ihm die Sache erleichtern:

„In den Anfängen des Christentums...“

Der Pfarrer, der in seinen Knechtstudien kirchengeschichtliche Studien trieb, was auch die wohlgeordneten Bücher seiner Bibliothek bewiesen, antwortete:

„Es besteht kein Zweifel, daß der Krieg zu den Lehren des Evangeliums im Gegensatz steht. Wenn ich noch über das gute Gedächtnis meiner Jugendzeit verfügte, könnte ich Ihnen zum Beweise manche Textstellen anführen. Es gab keinen Unterschied zwischen dem Einzelmord und dem Massenmord. Origenes hat ausdrücklich erklärt: Wir ergreifen gegen kein Volk die Waffen, wir wissen nichts von der Kunst des Krieges, denn durch Jesus sind wir ein Volk des Friedens geworden.“ Tertullian verdamnte den Kriegsdienst. Man muß nur die Acta sanctorum aufschlagen, um zahlreiche Fälle von Christen zu finden, die verurteilt wurden, weil sie das Schwert von sich warfen, und die lieber das Martyrium erleiden, als Krieg führen wollten: Maximilian, Marcellus, Cassius, Martin. Im vierten Jahrhundert weigerte sich Basilius der Große, Soldaten zu der Kommunion zuzulassen, und Paulinus, Bischof von Nola, bedrohte jene mit ewigen Qualen, die in Cäsars Legionen dienten.“

(Fortsetzung folgt.)



